

A stylized map of Europe is formed by a grid of grey dots. Several dots are highlighted in red, representing specific countries. The map is centered on the page, with the title and subtitle overlaid on it.

Wir müssen draußen bleiben

Aktuelle Länderstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung
analysieren Jugendarbeitslosigkeit in Europa

**Ein detaillierter Blick auf die Hintergründe mit Beispielen
aus Spanien, Deutschland, Italien, Frankreich und Polen**

- Die Schulden- und Wirtschaftskrise verstärkt zwar die Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern, aber sie ist nicht ihre strukturelle Ursache: Aktuelle wissenschaftliche Länderstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) aus 20 europäischen Staaten zeigen, dass einem wachsenden Teil der jungen Menschen in der EU schon seit Jahren der reibungslose Übergang von der Schule in eine unbefristete, regulär bezahlte Beschäftigung nicht mehr gelingt.
- Statt schnell und nachhaltig auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, verlieren in ganz Europa Jugendliche wertvolle Jahre in einem unbefriedigenden Hin und Her zwischen Ausbildung, Arbeitslosigkeit und prekären Jobs, das ihnen keine verlässliche Lebens- und Karriereplanung erlaubt.
- Es ist ein Massenphänomen: Statt einer festen Arbeitsstelle finden viele 15- bis 24-Jährige auf den zunehmend deregulierten Arbeitsmärkten der EU nur unsichere Teilzeit- oder Aushilfsjobs oder befristete Stellen. Sie sind damit die Ersten, die bei konjunkturellen Schwankungen ihre Beschäftigung verlieren.
- Auch die aktuelle Wirtschaftskrise trifft sie am härtesten: In den EU-Ländern sind durchschnittlich 22 Prozent der Jugendlichen arbeitslos, etwa doppelt so viele wie Erwachsene. Schleichend ist so aus einem Teil von Europas Jugend eine verlorene Generation geworden, der der Eintritt ins berufliche Leben immer schwerer gemacht wird.

In Krisenzeiten gilt: Wer zuletzt eingestellt wurde, muss zuerst wieder gehen

Eines der krassesten Beispiele dafür, dass auf dem Arbeitsmarkt die Jungen am stärksten von konjunkturellen Krisen betroffen sind, liefert zurzeit Spanien: Dort standen im ersten Halbjahr 2012 über die Hälfte (52 Prozent) der jungen Arbeitskräfte unter 25 Jahren ohne Job da. Das Land hat damit nach Griechenland die zweithöchste Jugendarbeitslosigkeit in der EU, stellt der Berichtstatter des FES-Länderberichts über Spanien, Fernando Rocha Sánchez, fest. Spanierinnen und Spanier zwischen 16 und 24 Jahre leiden doppelt so häufig unter Arbeitslosigkeit wie ihre älteren Landsleute. Fast zwei Millionen von ihnen haben zwischen 2008 und 2012 ihre Arbeit verloren. Ein Grund dafür ist, dass junge Arbeitskräfte besonders häufig in mittelmäßig oder wenig qualifizierten Jobs der Branchen arbeiten, die in Spanien von der Krise stark betroffen ist: in Bauwirtschaft, Produktion und Einzelhandel. 66 Prozent der Beschäftigten, die auf diesen drei Feldern zuletzt ihren Job verloren, waren zwischen 16 und 29 Jahre alt, konstatiert Fernando Rocha Sánchez.¹

Die Krise verschärft die Jugendarbeitslosigkeit, aber prekäre Beschäftigung ist ihre Wurzel

Die Krise hat die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien also dramatisch verschärft. Ein Blick auf die Hintergründe der Lage dort – und in vielen anderen EU-Ländern – zeigt aber klar, dass die tieferen Ursachen für die schwache Verankerung der Jungen im Arbeitsmarkt anderswo zu suchen sind. Ihr Grund liegt häufig in Arbeitsmarktreformen, durch die der Staat eine stete Deregulierung von Arbeitsverhältnissen zuließ. Diese Deregulierung machte es den Berufseinsteigern den Weg in eine verlässliche, fair bezahlte und langfristige Arbeitsstelle immer schwerer. Prekäre Beschäftigung ist für Junge in den ersten Berufsjahren inzwischen immer öfter die Regel. Ein großer werdender Teil dreht auf der Suche nach einer sicheren Arbeit viele Warteschleifen in langen, unbezahlte Praktika, Scheinselbstständigkeit, Schwarzarbeit und sehr gering bezahlten Jobs weit unter ihrer Qualifikation. Vor allem ist in Spanien der Anteil von jungen Leuten, die befristete Jobs haben, enorm hoch. Und es waren gerade diese Jobs, die die Arbeitgeber in der Krise abbauten, beziehungsweise

nicht verlängerten: 57 Prozent der Stellen, die Beschäftigte zwischen 16 und 24 Jahren seit 2008 verloren, hatte eine Befristung. Zu Beginn der Krise waren sogar 80 Prozent der Jobs, die die unter 24-Jährigen verloren, befristet gewesen.

Die aktuelle konservative Regierung versucht der Arbeitslosigkeit durch noch mehr Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse Herr zu werden. Dabei hätten die bisherigen Flexibilisierungen durch Arbeitsmarktreformen in den letzten Jahrzehnten nie zu mehr dauerhaften Arbeitsstellen sondern nur zu mehr prekären Jobs geführt, berichtet Fernando Rocha Sánchez. Insbesondere angesichts der Schulden- und Wirtschaftskrise legte die Regierung jedoch 2012 weiter Hand an die Arbeitnehmerrechte, insbesondere an die von jungen Beschäftigten: Sie weichte Mitbestimmungsrechte und den Kündigungsschutz auf. Und sie veränderte die Bedingungen für Ausbildungsverträge so, dass nun zu befürchten stehe, dass die Azubis oft nicht an einen Beruf herangeführt, sondern lediglich als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden, so Sánchez.

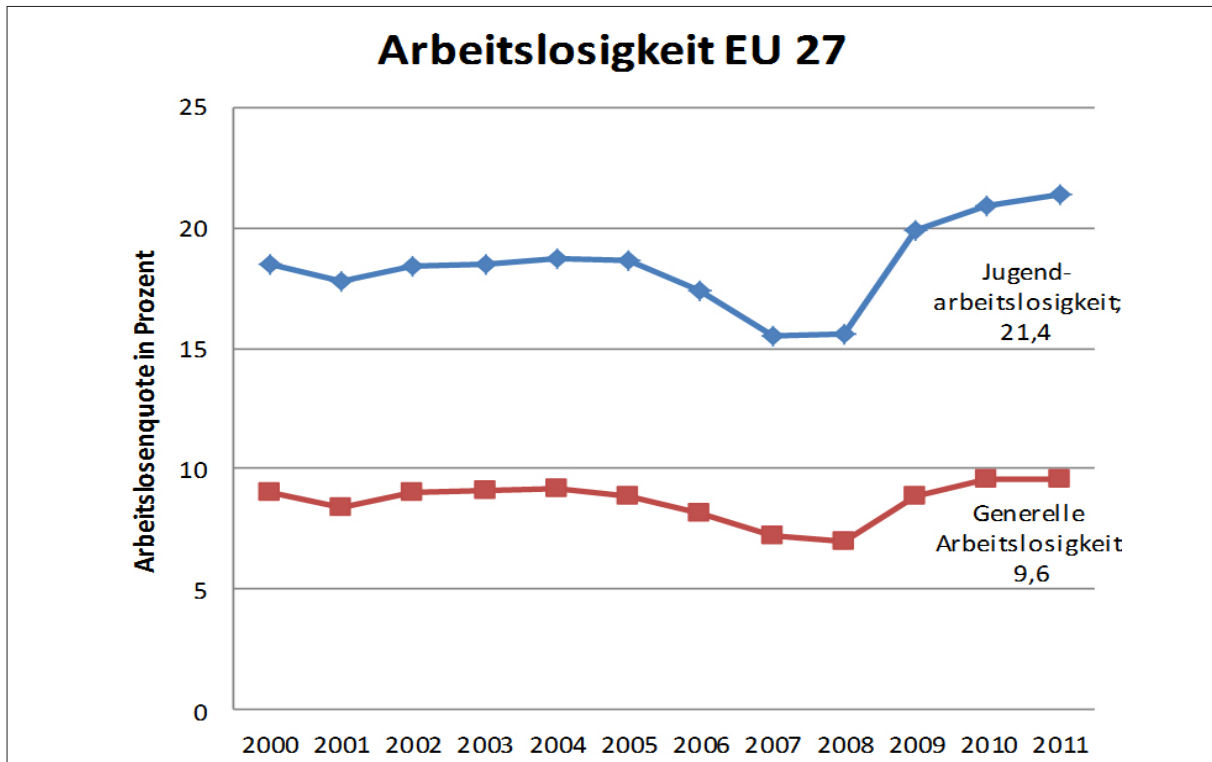
Schon am Anfang des Berufslebens zum Nichtstun verdammt: Spaniens »Ni-ni«-Generation

Besonders häufig verlieren überall in Europa zurzeit junge Männer ihre Jobs. Ihre Arbeitslosenrate war vor der Krise noch signifikant geringer als die der jungen Frauen. Auch in Spanien sind mehr junge Männer als Frauen arbeitslos – und zwischen 40 und 50 Prozent von ihnen bleiben es auch ein Jahr und länger. Das Risiko von Armut und sozialer Exklusion besteht vor allem für eine Gruppe der jungen Arbeitslosen: Jene, die ohne Arbeit sind und dabei weder in einer Trainings- noch in einer Bildungsmaßnahme diese Zeit überbrücken, sondern buchstäblich nichts tun. 2012 gehörten zu dieser »Ni-ni«-Generation (*ni trabajan, ni estudian*/nicht arbeitend, nicht lernend) 19 Prozent der Arbeitslosen unter 24 Jahren und sogar 27 Prozent der arbeitslosen 25- bis 29-Jährigen.

Das deutsche Übergangssystem hat wenig System

In Deutschland dagegen stehen Jugendliche, die nach der Schule keine Ausbildung oder keinen Arbeitsplatz finden, weniger oft völlig auf der Straße. Ihnen wird im so genannten Übergangssystem eine große Fülle von öffentlich bezuschussten Maßnahmen und Trainings angeboten, in

1. Seine komplette Studie finden Sie unter <http://www.fes.de/lnk/youth-unemployment>



Quelle: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/setupModifyTableLayout.do>

denen sie ihre sozialen, schulischen und berufspraktischen Qualifikationen steigern sollen. 2011 lag der Anteil der jungen Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die in Deutschland nicht auf direktem Wege eine Ausbildung fanden, sondern erst in Maßnahmen des Übergangssystems landeten, bei fast 30 Prozent, beschreibt die Berichtserstatterin des FES-Länderreports Deutschland, Bettina Kohlrausch.² Diese Jugendlichen tauchen zunächst in der Arbeitslosenstatistik nicht auf und gelten rein formal nicht als arbeitslos. Ob aber alle Maßnahmen des Übergangssystems ihnen bei einem tatsächlichen Eintritt in den Arbeitsmarkt helfen, ist unter Experten umstritten.

Obwohl in Deutschland die Jugendarbeitslosigkeit mit 9 Prozent nur halb so hoch ist wie in den meisten Ländern in Europa, tun sich auch hierzulande seit Jahren signifikante Schwierigkeiten dabei auf, den beruflichen Nachwuchs in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Schon seit 1994 ist die Jugendarbeitslosigkeit regelmäßig höher als die Erwachsenenarbeitslosigkeit. Auf der einen Seite hat zwar das duale System der beruflichen Ausbildung, bei dem sich Arbeitgeber und Berufsschulen ge-

meinsam um die Qualifizierung eines Azubis kümmern, immer noch einen sehr stabilisierenden Einfluss auf den Arbeitsmarkt. Wer den Einstieg in eine duale Ausbildung schafft, hat im Anschluss eine gute Chance auf einen regulären Job, berichtet Kohlrausch. Doch auf der anderen Seite gelang das 2011 nur knapp über der Hälfte der Schulabgänger. Fast jeder Zweite schaffte es dagegen nicht, sofort im Anschluss an die Schulzeit eine berufliche Ausbildung im dualen System zu bekommen. Für sie begann das Berufsleben in Berufsbildenden Schulen oder in Trainings des Übergangssystems.

Ein Zugang zum dualen System ist die Grundlage für einen guten Berufsstart

Das Übergangssystem, das von Job Centern, Berufsschulen und privaten Anbietern getragen wird, wird dafür kritisiert, dass es den Jugendlichen keinen garantierten Übergang in den Arbeitsmarkt ermöglicht und vor allem, dass es wenig effektiv ist: Häufig können die Teilnehmenden in den Maßnahmen ihre sozialen und beruflichen Qualifikationen nicht gezielt weiterentwickeln, sondern durchlaufen eine Anzahl von nicht aufeinander aufbauenden Trainings, die ihnen wenig oder gar nicht bei der Suche

2. Ihren vollständigen Bericht finden Sie unter <http://www.fes.de/lnk/youthunemployment>.

nach einer Berufsausbildung nutzen. Eine Vielzahl der im Übergangssystem angebotenen Programme werden von Kritikern deshalb eher als unnütze Warteschleife, denn als sinnvolle Arbeitsförderungsmaßnahmen gesehen. Andererseits kritisieren Arbeitgebervertreter, dass Schulabgänger häufig die persönliche Reife und Basiskenntnisse für eine Ausbildung vermissen ließen und befürworten deshalb die vorbereitenden, allgemeinen Trainings.

Über den reibungslosen Einstieg in das Berufsleben bestimmt in Deutschland also maßgeblich der Zugang zum dualen System. Er bleibt jungen Männern, Jugendliche mit schlechter Schulbildung sowie Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich oft verwehrt. Vor allem in der Stärkung dieses Systems – und nicht in einem Ausbau des Übergangssystems – sollte der Hebel für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit angesetzt werden, schreibt Bettina Kohlrausch. Das Schulsystem müsse deshalb Jugendliche gezielter darauf vorbereiten, den regulären Weg in eine Ausbildung schaffen zu können. Außerdem sei es nötig, im Übergangssystem mehr Qualifizierungsbausteine anzubieten, die die Jugendlichen für einen Start im dualen Ausbildungssystem nutzen könnten. In der politischen Diskussion ist auch eine Ausbildungsplatzgarantie für Jugendliche, die mögliche Defizite ihrer Ausbildungsreife in vorbereitenden Trainingsmaßnahmen beheben wollen.

In Italien ist der Übergang von der Schule in den Beruf einer der längsten der Welt

Während in Deutschland schulische und berufliche Ausbildung in weiten Teilen Hand in Hand gehen, bildeten die beiden Bereiche in Italien lange Zeit getrennte Welten. Dort ist der Übergang von der Schule in eine feste Arbeitsstelle bereits seit Jahrzehnten einer der schwersten und langwierigsten in der Welt: Gut 50 Monate dauert diese Phase in Italien, fast doppelt so lang wie im europäischen Durchschnitt, schreibt FES-Berichtersteller Francesco Pastore.³ Die Arbeitslosenrate unter Italiens Jugendlichen stieg von 24 Prozent im Jahr 2007 auf über 39 Prozent im ersten Halbjahr 2012 – wobei sie im Süden drei Mal so hoch liegt wie in Zentral- oder Norditalien. In Italiens Arbeitsmarkt gilt außerdem so klar wie kaum in einem anderen Land der Satz: Wer zuletzt gekommen ist, muss als Erster wieder

gehen. Oder er erhält erst gar keinen Zugang: Mehr als 60 Prozent der Arbeitslosen in Italien gehören zu der Kategorie der Berufsanfänger. Außerdem ist in Italien der Anteil von vorübergehender, atypischer Beschäftigung hoch.

Ähnlich wie in anderen mediterranen Ländern wie Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien wird für den langen Übergang in eine berufliche Eigenständigkeit auch in Italien ein unflexibles Schul- und Bildungssystem verantwortlich gemacht. Zuviel und zulange setze dieses System ausschließlich auf theoretisches Wissen, während anders als im dualen Ausbildungssystem in Deutschland praktische berufliche Erfahrung keine Rolle spielten. Finanziell federt die lange berufliche Orientierungsphase in Italien nicht der Staat, sondern die Familie ab, so Francesco Pastore.

Reformen sorgen für etwas mehr Praxisnähe bei der schulischen Ausbildung

Reformen in Italien setzten in den vergangenen Jahren vor allem bei der Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse durch eine Lockerung des Kündigungsschutzes und der Erlaubnis von atypischer Beschäftigung an. Ein Ziel war aber zuletzt auch eine größere Praxisnähe und eine Verbesserung der schulischen Bildung. Die Regierung Mario Monti hat 2011 das Schul- und Ausbildungssystem reformiert, für etwas mehr Praxisbezug gesorgt und weitere Maßnahmen in diese Richtung angekündigt. Eine Arbeitsmarktreform 2012 setzte dabei an, die Arbeitnehmerkosten für eine vorübergehende Beschäftigung zu steigern und die Kosten für eine permanente Beschäftigung zu senken, unter anderem durch weitere Aufweichung des Kündigungsschutzes.

Eine der wenigen Gruppen von jungen Menschen in Italien, deren Arbeitslosenrate gesunken ist, sind die mit einem Universitätsabschluss. Allerdings bildet Italien das Schlusslicht in der EU, wenn es um die Zahl der Universitätsabsolventen geht. Das verwundert angesichts der Tatsache, dass 75 Prozent der italienischen Jugendlichen eine Schulabschluss haben, der sie zum Studium berechtigt. Trotzdem schafft nur ein geringer Anteil einen Abschluss, über die Hälfte brechen ihr Studium ab, die Studiendauer ist sehr lang. Wer durchhält, hat später zwar gute Chancen auf eine Arbeit, nimmt aber überdurchschnittlich oft zunächst einem Job an, für den er weit überqualifiziert und unterbezahlt ist.

3. Seinen vollständigen Länderreport zu Italien lesen Sie hier: <http://www.fes.de/lnk/youthunemployment>.

Frankreich: Auch eine glänzende formale Bildung eröffnet wenig Karriereperspektiven

In allen EU-Ländern gehören Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte und junge Menschen mit schlechter Schulbildung im Arbeitsmarkt zu den besonders benachteiligten Gruppen. Doch auch eine glänzende Bildung garantiert jungen Jobstartern oft keine Karriereperspektive. Beispiel Frankreich: Dort hat die Jugend einen erheblich höheren formalen Bildungslevel als ihre Elterngeneration, arbeitet aber – wie Italiens Uniabsolventen – mangels anderer Chancen oft weit unter ihren Qualifikationen, in unsicheren Jobverhältnissen und für wenig Geld. »Unglücklicherweise sinkt die soziale Leiter, auf der die Jungen immer höher klettern, allmählich in den Boden«, beschreibt es die Berichterstatlerin der FES-Frankreich-Studie, Florence Lefresne.⁴

Auch Deutschlands Nachbarland hat ein tief verwurzeltes, strukturelles Problem mit der Integration ihres beruflichen Nachwuchses in den Arbeitsmarkt: In den vergangenen 30 Jahren sank die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen in Frankreich nie unter 15 Prozent, sie überschritt gewöhnlich sogar 20 Prozent. Im Dezember 2011 waren fast 24 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Die allgemeine Arbeitslosenrate betrug damals weit weniger als die Hälfte. Auch in Frankreich war und ist der Anteil von Jungen in zeitlich befristeten, unsicheren und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen überdurchschnittlich hoch, weshalb sie in Krisen schneller arbeitslos werden. Insgesamt zeigt sich, dass in Frankreich jede Generation weniger stabile Jobs findet als die Generation vor ihr. Die unterschiedlichen französischen Regierungen waren sich des Problems schon lange bewusst und haben unterschiedliche Lösungsansätze versucht: So profitierte 2010 ein Viertel der jungen Beschäftigten von staatlich subventionierten Arbeitsverträgen.

Jedes Jahr verlassen 130.000 junge Menschen das französische Schulsystem ohne Abschluss

Im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland, Österreich, den Niederlanden oder Dänemark hat Frankreich kein breit aufgestelltes Ausbildungssystem, in dem sich Praxis und Theorie abwechseln. Die französischen Jugendli-

chen lernen zuerst und arbeiten später, schreibt Florence Lefresne. Ein zwiespältiges Bild bietet die Lage im Schulsystem: Während eine sehr hohe Anzahl von Jugendlichen – vor allem Mädchen – hochqualifizierte Abschlüsse machen, verlassen gleichzeitig Jahr für Jahr 130.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss, das sind 17 Prozent. Besonders letztere hätten unter dem Abbau von 50.000 Lehrerstellen gelitten, die das französische Schulsystem unter der Regierung Sarkozy verkraften musste und dem Francois Hollande nun mit Neueinstellungen gegensteuern will, so Lefresne. Ein guter Abschluss ist zwar immer noch eine Bedingung dafür, eine gute Arbeit zu finden, aber er schützt einen Schulabgänger immer weniger vor der Arbeitslosigkeit oder einem schlecht bezahlten Job. 2010 verdienten französische Berufsanfänger drei Jahre nach dem Berufseintritt durchschnittlich 1200 Euro, ein Viertel sogar weniger als 1000 Euro. Insbesondere junge Frauen profitieren wenig davon, dass sie erheblich bessere Abschlüsse machen als Männer. Sie verdienen gut 24 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Französische Regierungen haben versucht, den Arbeitgebern die Einstellung von jungen Beschäftigten dadurch schmackhafter zu machen, dass sie dafür spezielle, arbeitgeberfreundliche Vertragsbedingungen erlaubten und staatliche Unterstützung und Einsparungen bei den Sozialabgaben in Aussicht stellten. Besonders kleine Firmen mit weniger als zehn Angestellten nutzen das. Trotzdem ist für Junge immer noch eine befristete Beschäftigung oder Teilzeitarbeit der Hauptzugang in den Arbeitsmarkt. Die ambitionierten Ziele der Politiker, mehr Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, fruchteten insbesondere angesichts der Wirtschaftskrise nicht: Die Zahl der Azubis sank zwischen 2007 und 2011 von 418.000 auf 390.000.

Die staatliche Unterstützung der Beschäftigung von Jugendlichen hatte keinen nachhaltigen Effekt auf die Jugendarbeitslosigkeit, die 2 bis 2,5 Mal so hoch blieb wie die allgemeine Arbeitslosigkeit. Trotzdem setzt zur Zeit auch die Regierung Hollande auf dieses Mittel und stellt Arbeitgebern Erleichterung bei Sozialabgaben und Steuern für die Einstellung junger Arbeitskräfte in Aussicht. Dies sollte aber nur für die stark benachteiligten Gruppen von Jugendlichen und begleitet von klaren Forderungen an die profitierenden Arbeitgeber geschehen, empfiehlt Florence Lefresne. Es sei in der Krise wichtig, neue professionelle Standards in der Arbeitswelt zu unterstützen, deren Ziel eine bessere Qualität und Sicherheit der Beschäftigungsverhältnisse ist.

4. Ihre vollständige Analyse finden Sie hier: <http://www.fes.de/lnk/youthunemployment>.

Polen: Working Poor mit Topausbildung

Ähnlich wie Frankreich hat auch Polen eine formal sehr gut ausgebildete junge Generation. 80 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben einen Abschluss, der sie zu einem Universitätsstudium berechtigt. Doch auch dort haben die 15- bis 24-Jährigen schon seit Jahren enorme Probleme, sich im Arbeitsmarkt zu integrieren. Sowohl die Jugendarbeitslosigkeit als auch der Anteil an prekärer Arbeit und an Arbeit, die den Lebensunterhalt nicht sichert und zur Armut führt, steigt in Polen an, schreibt FES-Länderberichtersteller Michal Polakowski.⁵

Seit 2008 hat die Wirtschaftskrise auch in Polen Einzug gehalten, wenn auch nicht so extrem wie in den süd-europäischen Staaten. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt heute bei fast 28 Prozent, doch sie hatte Anfang der 2000er Jahre mit weit über 40 Prozent schon einmal ganz andere Dimensionen erreicht. Fast drei Millionen Jobs waren zwischen 1990 und 2003 verloren gegangen, vor allem in der Landwirtschaft und in der Industrie. Ab 2004 erholte sich die polnische Wirtschaft langsam, die Arbeitslosigkeit der Jungen sank bis auf 17 Prozent im Jahr 2008. Doch seither steigt die Rate wieder und die prekären Beschäftigungen haben stark zugenommen.

66 Prozent der polnischen Arbeitsverträge sind befristet

Extrem verbreitet sind in Polen Zeitverträge: 2011 hat der Anteil von befristeter Beschäftigung 66 Prozent erreicht. Unter solchen Vertragsbedingungen arbeiten hauptsächlich junge Menschen mit geringer schulischer Bildung. Befristungen sind besonders in der Serviceindustrie und im Einzelhandel an der Tagesordnung, ihr Anteil liegt dort über 40 Prozent. Ein Sprungbrett in eine reguläre Beschäftigung sind diese Jobs meistens nicht. Sie stellen eher eine Falle und einen Weg zu mehr beruflicher Unsicherheit dar, weil einem befristeten Vertrag meist weitere folgten, berichtet Michal Polakowski. Was eine profunde berufliche Ausbildung angeht, engagiert sich nur eine Minderheit der Arbeitgeber: 2010 kooperierten gerade mal 23 Prozent der polnischen Unternehmen mit Schulen oder Zentren für praktisches Training.

5. Seine vollständige Analyse über die Situation in Polen können Sie hier downloaden: <http://www.fes.de/lnk/youthunemployment>.

Eine Besonderheit auf dem polnischen Arbeitsmarkt sind auch spezielle Arbeitsverträge nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (*Civil Code Contracts*) mit unterdurchschnittlicher sozialer Absicherung: Im Unterschied zu den Verträgen nach dem Arbeitsrecht sind in solchen Arbeitsverhältnissen weder Risiken durch Krankheit, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gedeckt, noch gelten Regulierungen bezüglich Mindestlohn oder bestimmte Arbeitszeitrichtlinien. Vor allem junge Beschäftigte schließen Verträge nach diesem Muster ab.

Ein hoher Prozentsatz der jungen Polinnen und Polen sucht das Jobglück im Ausland: 2011 waren etwa zwei Millionen Menschen migriert, vor allem nach Großbritannien, Deutschland und in die USA. Die Hälfte von ihnen war zwischen 20 und 29 Jahre alt. Polen hat damit nicht nur einen »Brain Drain«, sondern sogar einen »Brain Waste«, eine Verschwendung von Wissen, zu verkraften, sagen Fachleute. Denn unter den jungen Auswanderern sind viele mit hoher Bildung, die in der Migration allerdings meist weit unter ihrer Qualifikation arbeiten: Nur einer von zehn Migranten mit Universitätsabschluss findet einen Job, der seiner Qualifikation entspricht. Wegen dem Überangebot von Universitätsabsolventen durch den Bildungsboom in Polen fehlen dem Arbeitsmarkt allerdings weitaus schmerzlicher die Facharbeiter, die auswandern.

Erste Anzeichen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik gegen Jugendarbeitslosigkeit in Polen

Die polnische Arbeitsmarktpolitik zeigt sich bisher nicht sehr aktiv, wenn es um die Unterstützung von Arbeitslosen geht. Nur sehr wenige junge Polen erhalten Arbeitslosengeld, denn sie können die Mindestbeschäftigungsdauer von 12 Monaten innerhalb von 18 Monaten nicht nachweisen. Ein Instrument, das für die Finanzierung von Arbeitsmarktmaßnahmen gedacht ist, ist der *Fundusz Pracy*, ein Fonds, in den 2,45 Prozent des Bruttoeinkommens aller Beschäftigten fließt. Er ist prall gefüllt und könnte für aktive Arbeitsmarktpolitik genutzt werden. Allerdings hat die Regierung als Sparmaßnahme in der Krise ausgerechnet die Ausgaben aus diesem Fonds um die Hälfte gekürzt. Das sollte sie schnell wieder rückgängig machen, empfiehlt Michal Polakowski. Es brauche mehr staatlich finanzierte Trainingsmaßnahmen, um die Qualifikationen der jungen Arbeitssuchenden in Polen zu stärken und ihnen einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen. 2012 hat die Regierung erstmals mit einem

systematischen Programm einen Schritt in diese Richtung gemacht, sie bietet jungen Arbeitslosen Gutscheine für berufliche Trainings und Mobilitätsbeihilfen an.

Europas »Lost Generation«

So unterschiedlich die Hintergründe der Jugendarbeitslosigkeit in den europäischen Ländern sind, so verschieden sind auch die politischen Lösungsansätze, betont Hans Dietrich, der in seinem FES-Report »Jugendarbeitslosigkeit in Europa« eine Zusammenfassung der Lage in der EU gibt.⁶ Während in Ländern wie Griechenland, Italien oder Spanien die Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau liegt, fiel sie in Ländern wie Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Luxemburg oder Malta seit 2007 oder blieb stabil. Extreme Unterschiede zeigen sich sogar innerhalb der einzelnen Länder, wo die Arbeitslosigkeit von Jungen je nach Region unterschiedlich verteilt ist. Obwohl es unterschiedliche Ausprägungen gibt: Das Problem einer »Lost Generation« von jungen Menschen, die ernste Probleme im Übergang von der Schule ins Berufsleben hat, zeigt sich seit Jahren in der ganzen EU. Überall sind Jugendliche viel schneller und stärker von konjunkturellen Krisen betroffen als Erwachsene.

Soziale Exklusion: Das Leben fängt nicht an

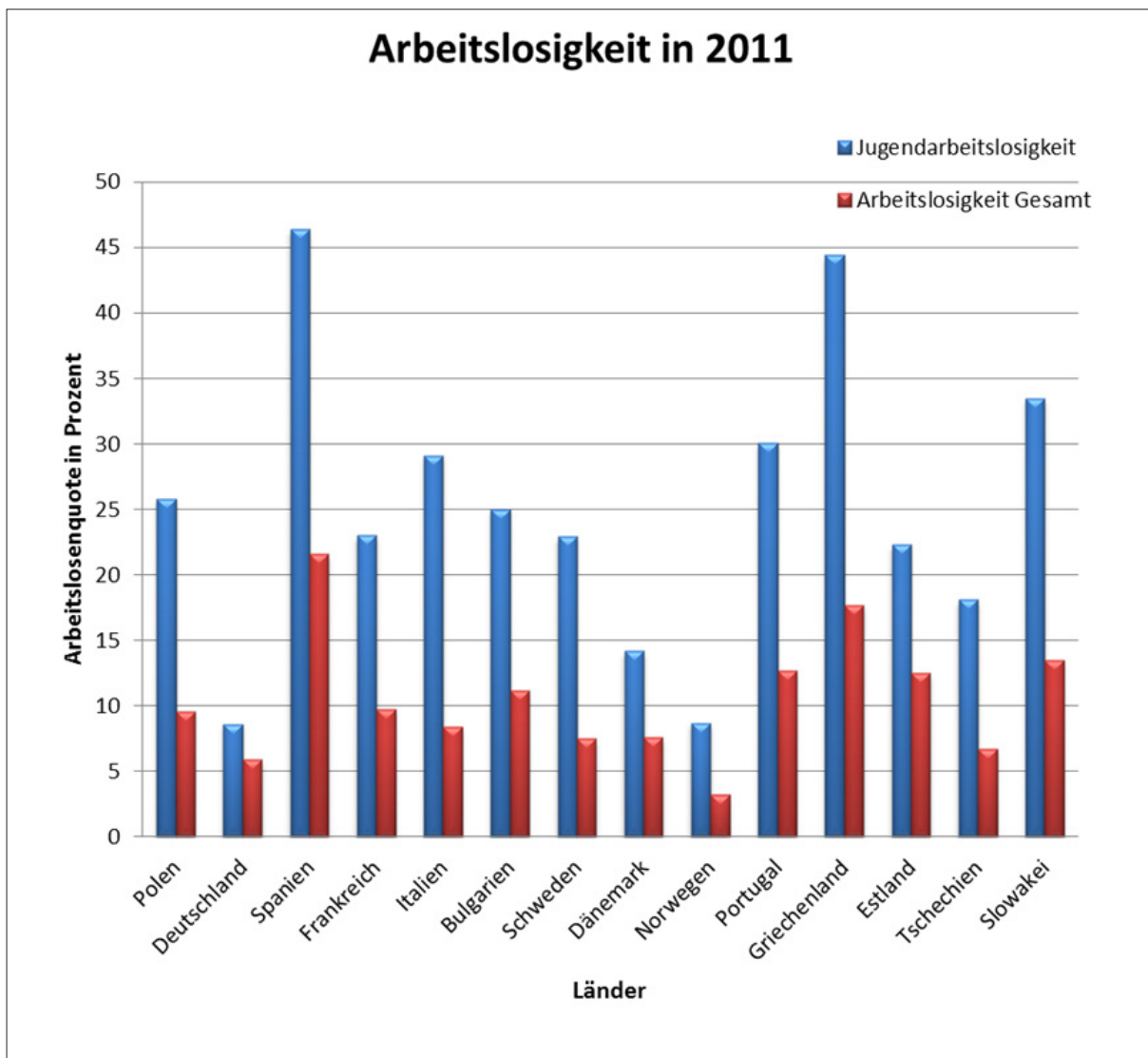
Für viele junge Europäerinnen und Europäer ist nicht mehr eine direkte Linie von der Schule in eine verlässliche Arbeitsstelle die Regel, sondern berufliche Episoden: Sie erleben ein ständiges Hin und Her zwischen Ausbildung, Trainingsmaßnahmen, prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Praktika. »Jugendliche entwickeln so kein klares Bild darüber, was für eine Art Job und welche Einkommenshöhe sie anstreben können«, so Hans Dietrich. Ihre Abhängigkeit von der finanziellen Unterstützung durch die Familie, bei der sie auch als erwachsenen Kinder noch lange wohnen, hindert sie auch daran, bei der Arbeitssuche mobil zu sein. Jugendliche fühlen sich durch ihre Arbeitslosigkeit eher sozial ausgegrenzt, als »arm«. »Das Leben fängt nicht an«, beschreibt es Dietrich. In jungen Jahren nicht in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, wiegt psychologisch noch schwerer als eine Arbeitslosigkeit im Erwachsenenalter.

Ein gesamteuropäisches Problem, das länderspezifische Lösungen braucht

Jugendarbeitslosigkeit ist ein gesamteuropäisches Problem, für das im Wesentlichen aber länderspezifische Lösungen greifen sollten, legen die FES-Länderreports nah. Sie geben Hinweise auf sinnvolle Ansätze dazu.

So scheint es zwar europaweit Konsens, dass Bildungs- und vor allem Ausbildungssysteme stärker auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet werden müssen, die Wege dahin sind in den einzelnen Ländern aber umstritten. Auch die verstärkte Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse, die Regierungen während der Krise durchsetzen wollen, sorgt für Streit. Die FES-Berichtersteller sehen sie nicht als Lösung sondern eher als Teil des Problems, denn überall in Europa zeigt sich, dass die jungen Menschen in prekären Jobs zur flexiblen Reaktionsmasse am Arbeitsmarkt geworden sind – auf Kosten ihrer Zukunftschancen. Die Jungen tragen die aktuellen Krisenfolgen weit stärker als der Rest der Arbeitnehmer. Inwieweit eine aktive Arbeitsmarktpolitik wie das deutsche Übergangssystem in anderen EU-Ländern eine Hilfe für die jungen Arbeitslosen sein könnte, muss sich erst herausstellen. Klare Hinweise darauf, wie sich das Übergangssystem in Deutschland selbst verbessern ließe, gibt die FES-Länderstudie. Fazit der Länderreports ist vor allem eines: Die EU-Länder müssen sich des verschleppten Problems schnell annehmen und auch nicht in bloßer Verengung auf die Angebotsseite am Arbeitsmarkt. Es geht um ihre Zukunft.

6. Download unter http://www.fes.de/themen/jugend/publikationen_jugendarbeitslosigkeit.php.



Quelle: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/setupModifyTableLayout.do>



Folgende Studien liegen vor:

Europa, Hans Dietrich; **Deutschland**, Bettina Kohlrausch;
Frankreich, Florence Lefresne; **Italien**, Francesco Pastore;
Bulgarien, Yordan Dimitrov; **Skandinavien**, Jonas Olson
und Eskil Wadensjö; **Portugal**, Maria da Paz Campos Lima;
Griechenland, Annie Tubadjji; **Estland**, Marge Unt;
Polen, Michal Polakowski; **Spanien**, Fernando Rocha;
Tschechien, Pavel Janicko; **Slowakei**, Michal Palenik

Die Studien der FES erscheinen alle unter dem Link:
<http://www.fes.de/lnk/youthunemployment>

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jörg Bergstermann, Koordinator der Gewerkschaftsprogramme
Europa und Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten
sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.